

Alex Möller (1903–1985) – der »heimliche Ministerpräsident« des Landes Baden-Württemberg in den 1950er Jahren

Eine biographische Notiz aus Anlass des 30. Todestages

Michael Kitzing

Bekannt geworden ist Alex Möller als erster sozialdemokratischer Bundesfinanzminister, doch schon vor seinem Wechsel als Abgeordneter nach Bonn im Jahr 1961 gehörte Möller für ein- einhalb Jahrzehnte zu den prägenden Persönlichkeiten der südwestdeutschen Landespolitik. Die vorliegende Studie zeigt auf, wie sich Möller im Stuttgarter Landtag für die Belange des badischen Landesteiles eingesetzt hat, aber auch zum wortgewaltigen Verfechter der Interessen von Opfern des Nationalsozialismus wurde.



Alex Möller (Archiv der Sozialen Demokratie/
Friedrich Ebert Stiftung)

Einleitung

Die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Abstimmung über die Gründung des Südweststaates am 9. Dezember 1951 wurden insbesondere in der ehemaligen badischen Landeshauptstadt Karlsruhe mit großer Leidenschaft geführt – manchen Zeitgenossen erinnerte diese Leidenschaft schon an die politische Hitze der Wahlkämpfe in der Endphase der Weimarer Republik.¹ Die hier aufbrausende Leidenschaft stand freilich in markantem Gegensatz zu der ansonsten recht ruhigen politischen Szene am Ende der 40er und am Beginn der 50er Jahre.

Auf Seiten der Altbadener waren es in Karlsruhe die beiden CDU-Abgeordneten Adolf Kühn und Friedrich Werber², die ihre Überzeugung in der Parole zusammenfassten »wir bleiben Baden treu«.³ Die Vorstellung eines Zusammengehens zwischen Baden und Würt-

temberg stellte für Werber ein Horrorszenario dar. Immer wieder rief er der Karlsruher Bevölkerung ins Gewissen, 1939 habe man die im Vorfeld der Auseinandersetzungen mit Frankreich evakuierten Badener in Württemberg als »Westwallzigeuner« beschimpft – wenn man nun in Württemberg für eine Vereinigung mit Baden eintrete, so geschehe dies doch letztlich nur darum, weil sich Württemberg den badischen Markt wie auch die natürlichen Ressourcen des Landes sichern wolle.

Den Gegenpart zu Friedrich Werber bildete »der Herr Möller«, – der ja, so Werber, auch erst seit 1943 in Karlsruhe wohne – der Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherung und Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag von Württemberg-Baden, Alex Möller. Die Argumentation Möllers unterschied sich fundamental vom Auftreten Werbers. Ersterer appellierte mit großer Leidenschaft und persönlichem Einsatz an das Gefühl der Menschen, an ihre Liebe zur badischen Heimat, die er nicht unter württembergischen Einfluss sehen wollte. Die ganze Argumentation Werbers, so Möller, zeichne sich nur dadurch aus, dass dieser an der Sache vorbeireden wolle und einen Gegensatz zwischen »gelb-rot-gelben Volkshelden« und »schwarz-rot-goldnen Landesverrätern« herstellen wolle.⁴ Tatsächlich, so die Überzeugung Möllers brächte ein Zusammenschluss von Baden und Württemberg der Region Karlsruhe nur Vorteile. Das Land Südbaden zeichne sich durch eine hohe Verschuldung aus und sei allein nicht überlebensfähig. Anders dagegen der von Möller angestrebte Südweststaat, der ein krisenfestes Land darstelle, finanziell das »Ideal eines Finanzausgleichs auf engem Raum«⁵ bedeuten könne, kulturell Höchstleistungen vollbringen und verwaltungstechnisch viel kostengünstiger arbeiten werde als die drei südwestdeutschen Nachkriegsländer Württemberg-Baden,

Baden und Württemberg-Hohenzollern. Kurz, der Zusammenschluss Badens und Württembergs bedeute die Überwindung der Kleinstaaterei im Südwesten.

Der Ausgang der Südweststaatsabstimmung in Karlsruhe ist bekannt. Zwar entschied sich die Mehrheit der Karlsruher Bevölkerung für die Wiederherstellung des Landes Baden der Weimarer Republik, jedoch wünschte die Mehrheit in Nordbaden insgesamt den Länderzusammenschluss, so dass entsprechend dem umstrittenen Abstimmungsmodus die rechtliche Grundlage für die Bildung des Landes Baden-Württemberg 1952 gegeben war. – Dieses hat in den 1950er Jahren neben Reinhold Maier, Gebhard Müller und Kurt Georg Kiesinger vor allem Alex Möller geprägt, so sehr, dass dieser von Theodor Eschenburg als »heimlicher Ministerpräsident« apostrophiert wurde. – Doch wer war Alex Möller, dessen Tod sich am 2. Oktober dieses Jahr zum dreißigsten Mal jährt? Wie kam der gebürtige Westfale überhaupt nach Karlsruhe und worin bestehen im Einzelnen seine Verdienste um die Gründung und Konsolidierung des Landes Baden-Württemberg? In diesem Zusammenhang soll auch das Selbstverständnis Möllers als Parlamentarier beleuchtet und aufgezeigt werden, wie eng seine Biographie mit der Geschichte des Stuttgarter Landtages, ja des Landes Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg insgesamt in den Jahren 1946–1961 verwoben ist.

I. Von Dortmund nach Karlsruhe

Zum politischen Lebensweg Alex Möllers 1903–1945

Alex Möller wurde am 26. April 1903 in Dortmund als Sohn eines Eisenbahners geboren.⁶

Durch den Beruf des Vaters war auch der des Sohnes zunächst vorgezeichnet. Auf die mittlere Reife 1919 folgte eine Lehre bei der Eisenbahn, wobei nicht bekannt ist, welche Tätigkeiten Möller hierbei genau ausgeführt hat. Gleich seinem Vater hat sich Möller bei der Eisenbahnergewerkschaft engagiert, 1928 war er als Gewerkschaftssekretär in Halle/Saale tätig. Zugleich folgte Möller seiner persönlichen Berufung bzw. seinem Traumberuf Journalist, politisch engagierte er sich seit 1922 in der SPD. Zuvor hatte er bereits drei Jahre in der Jugendorganisation der linksliberalen Deutsch-Demokratischen Partei gewirkt.⁷

Bei den Maiwahlen 1928 kandidierte er erstmals für den preußischen Landtag – mit Erfolg. Möller wurde zum jüngsten Mitglied in der Geschichte dieses Hauses. Gemäß seiner eigenen Erinnerungen muss sein Auftreten sehr forsch gewesen sein. So war er der Überzeugung, dass der Fraktionsvorstand überaltert und in seinem ganzen Vorgehen zu bürokratisch sei; hier müsse »frischer Wind« hinein.

Tatsächlich konnte sich Möller offenbar der Unterstützung namhafter Fraktionsmitglieder sicher sein. So arbeitete er auf Ratsschlag des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun fraktionsintern am Abschluss des preußischen Konkordats von 1929 mit. Nach der erneuten Wahl in den preußischen Landtag 1932 erfolgte bereits der Aufstieg in den Fraktionsvorstand. Zugleich machte sich Möller einen Namen als scharfzüngiger Redner, der wiederholt die Nationalsozialisten wie auch den von Reichskanzler Franz von Papen nach dem Preußenschlag eingesetzten Reichskommissar scharf kritisierte.⁸

Nachdem Möller bereits während der Landtagssitzungen von nationalsozialistischen Abgeordneten bedroht worden war, kam er im

Frühjahr 1933 in Schutzhaft, aus der er lediglich entlassen wurde, um an der Abstimmung zum preußischen Ermächtigungsgesetz teilzunehmen. Wie seine gesamte Fraktion hat Möller diese Zustimmung versagt und wurde erneut verhaftet. Die kommenden Jahre bedeuteten somit den Verlust der wirtschaftlichen wie der politischen Existenz. Den einzigen Ausweg brachte der Wechsel in die Versicherungsbranche, in der Möller seit 1936 für die Karlsruher Lebensversicherung tätig war.⁹ Obwohl er sich auch in seinem neuen Beruf seitens der NS-Machthaber Nachstellungen ausgesetzt sah, erfolgte noch bis 1944 der Aufstieg zum stellvertretenden Vorstandsmitglied seiner Gesellschaft. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Möller als einziges, politisch unbelastetes Vorstandsmitglied von der amerikanischen Besatzungsmacht zum Vorstandsvorsitzenden der KLV bestellt. In dieser Funktion hat er seine Gesellschaft für fast ein Vierteljahrhundert maßgeblich geprägt.

II. Politischer Neubeginn in Württemberg-Baden 1945–1952

Das neuerliche politische Engagement Möllers begann bereits kurz nach dem Ende des Krieges und der Besetzung Karlsruhes durch die Franzosen. Mit ausdrücklicher Genehmigung der Besatzungsmacht wandte sich Möller in einer Rede unter dem Titel »Der Weg in die Zukunft« an die Bevölkerung.¹⁰ Hierin warb er für einen Wiederaufbau auf demokratischer Grundlage im Angesicht der totalen Niederlage. Ziel müsse es sein, den Deutschen ihre obrigkeitstaatliche Gesinnung zu nehmen, die auch dann nicht widersprochen habe, wenn die Obrigkeit erklärt habe, fünf und zwei ist acht. Hier gelte es aufzustehen

und zu sagen »nein, fünf und zwei ist sieben« und den Mut zum selbständigen Denken und Handeln zu besitzen. Gerade als ehemaliger Parlamentarier der Weimarer Zeit verspürte Möller die Verpflichtung, auch in der zweiten deutschen Demokratie Verantwortung zu übernehmen und für demokratisches Gedankengut bei den vielen politisch Indifferenten und Mitläufern des NS-Systems zu werben.

In einer zweiten großen öffentlichen Rede 1946 trat Möller erneut hervor.¹¹ Dieses Mal stand jedoch die Auseinandersetzung mit den Besatzungsmächten im Mittelpunkt seiner Ausführungen. Zwar bekannte sich Möller unumwunden zu den Verbrechen des Nationalsozialismus und zur deutschen Schuld, jedoch betonte er in gleicher Weise, dass beispielsweise auch der französische Botschafter und spätere Hochkommissar André Francois Poncet Hitler förmlich hofierte und salonfähig gemacht habe. Hinzu trat die Forderung an die Alliierten: »Gebt unsere Kriegsgefangenen frei«.

Gegen einiges Widerstreben, denn Möller betonte immer wieder, die beiden gerade vorgestellten Reden hätten den Abschluss seines politischen Wirkens darstellen sollen¹²,

erfolgte 1946 die Wahl in die Verfassunggebende Landesversammlung und noch im gleichen Jahr in den Landtag von Württemberg-Baden. War Möller in der Verfassunggebenden Landesversammlung im Grunde überhaupt nicht hervorgetreten, so stieg er in der Folgezeit rasch auf. Schon 1946 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion sowie des Finanzausschusses im Landtag gewählt. Innerhalb weniger Jahre sollte Möller an die Spitze beider Gremien treten und genoss hier schon bald den Ruf eines strengen Kontrolleurs der beiden Finanzminister Heinrich Köhler (1946–1949) und Edmund Kaufmann (1949–1952).

Bei Köhler kritisierte er dabei bevorzugt dessen Patronagepolitik zugunsten von CDU-Anhängern und ganz besonders ehemaliger Zentrumsmitglieder.¹³ Vor allem aber war Möller immer wieder sichtlich darum bemüht, den Staatshaushalt von unnötigen Verwaltungskosten zu entlasten, wie auch eine schlanke und zugleich effektive Verwaltung, aus demokratietheoretischen Überlegungen heraus für ihn eine Notwendigkeit darstellte.¹⁴ So habe die Geschichte gezeigt, dass sich der einzelne Betrieb zum Konzern und sich dieser zum Monopolbetrieb entwickelt habe, der den Konsumenten in vollständiger Abhängigkeit halte und genauso sei »die dienende Verwaltung zur herrschenden Bürokratie geworden, der sich der Einzelne hilflos ausgeliefert fühlt«. Die jüngste Vergangenheit habe freilich gelehrt, welche Bedeutung eine Mammutbürokratie für eine Diktatur habe; läge es doch im Wesen eines diktatorischen Staates »mit Hilfe einer weit reichenden und selbtherrlichen Verwaltung dem Volk seinen Willen aufzuzwingen«. Das Kennzeichen einer Demokratie lag für Möller jedoch gerade darin begründet, dass die Willensbildung des Volkes dem Verwaltungshandeln voraus-



Landtagsgebäude in der Stuttgarter Heusteigstraße (Landesmedienzentrum Baden-Württemberg)

ging. Im Sinne eines demokratischen Staates musste es nach Ansicht Möllers schließlich sein, dass die Verwaltungstätigkeit dort ihre Grenze finden müsse, wo die zwingenden und berechtigten Interessen der Gesellschaft gegenüber dem Einzelnen endeten.

Der von Möller somit stets aufs Neue eingeforderte Bürokratieabbau sollte entgegen seiner Erwartung jedoch auch mit der Gründung des Südweststaates nicht erreicht werden können – im Gegenteil: Die Verwaltungskosten des neuen Bundeslandes sollten über 40% über denen der drei Nachkriegsländer liegen!¹⁵

III. »Meine Fraktion besteht nicht aus »Nicke-Männern«

Zur Rolle Möllers bei den Regierungsbildungen der 1950er Jahre und sein Selbstverständnis als Parlamentarier

Sein Scheitern im Hinblick auf eine Reduktion der Verwaltungskosten im Zuge der Landesgründung hinderte gleichwohl nicht den weiteren Aufstieg Möllers, der auch im Landtag Baden-Württemberg an die Spitze der SPD-Fraktion und des Finanzausschusses trat, womit ihm gleichsam die Rolle eines »Königsmachers« bei den Regierungsbildungen der Jahre 1952, 1953 und 1958 zukommen sollte. Hatte er 1952 noch für die Bildung einer Dreierkoalition aus FDP, SPD und dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) plädiert, so war der Koalitionswechsel und die Wahl Gebhard Müllers zum Ministerpräsidenten im Herbst des darauf folgenden Jahres ebenfalls vor allem das Werk Möllers.

Noch 1952 hatte Möller den Hochmut der CDU »Landesfürsten« in Baden und Süd-

württemberg-Hohenzollern beklagt, die nicht kompromissfähig seien, weil sie gewohnt seien, mit absoluter Mehrheit zu regieren. Auch war die CDU 1952 für Möller kein zuverlässiger Partner, da diese in Südweststaatsanhänger einerseits und Altbadener andererseits gespalten war.¹⁶

Das Jahr 1953 brachte schließlich die Wende. Nachdem Reinhold Maier im Bundesrat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wie auch dem Generalvertrag auf Druck der FDP-Bundespartei- Spitze und gegen den Willen des sozialdemokratischen Koalitionspartners zur Mehrheit verholfen hatte, kam es, wenn auch mit einigen Monaten Zeitverzögerung, zum Bruch des sozial-liberalen Regierungsbündnisses.¹⁷ Bereits im Juli hatte Möller in einer denkwürdigen Abendsitzung im Ludwigsburger Ratskeller mit Gebhard Müller die Modalitäten für ein gemeinsames Regierungsbündnis erörtert und auf diese Weise die Wahl Müllers zum Ministerpräsidenten vorbereitet.¹⁸ Nachdem die CDU bei den Bundestagswahlen im September 1953 die absolute Mehrheit errungen hatte, konnte Möller schließlich darauf verweisen, dass es nicht sinnvoll sei, die Verfassung des neuen Bundeslandes gegen den Widerstand der stärksten politischen Kraft zu verabschieden.

Kam es 1953 somit zur Bildung der Allparteienregierung, so wurde diese bei den Wahlen 1956 bestätigt, jedoch wechselte Gebhard Müller Ende 1958 an die Spitze des Bundesverfassungsgerichts. An seine Stelle trat nunmehr Kurt Georg Kiesinger.¹⁹ Auch bei der Bildung des ersten Kabinetts Kiesinger kam Möller erneut eine Schlüsselrolle zu, galt es doch die SPD in der Regierung zu halten, nachdem anlässlich der Wahl der neue Ministerpräsident im sozialdemokratischen »Vorwärts« aufgrund seiner NS-Vergangenheit

angegriffen worden war, ohne dass sich der »Vorwärts« in der Lage sah, die gegen Kiesinger vorgebrachten Behauptungen plausibel zu belegen. Möller war es in dieser Situation, der sich gegen das eigene Parteiorgan schützend vor Kiesinger stellte und die eigenen Parteifreunde letztlich doch zur Wahl Kiesingers veranlasste.

Gemäß Möllers Selbstverständnis lag das Zentrum politischen Handelns jedoch nicht bei der Regierung, sondern vor allem beim Parlament. Wenngleich nun das Verhältnis Möllers zu Gebhard Müller als hervorragend bezeichnet werden darf, beide pflegten auch privaten Kontakt, so finden sich in den Landtags- und Ausschussprotokollen gleichwohl zwischen beiden Politikern immer wieder ausführliche Diskussionen über die Verteilung der politischen Gewichte zwischen Parlament einerseits und Regierung andererseits.²⁰ Für Möller stand fest, dass es sich bei seiner Fraktion nicht um »Nicke-Männer« handeln dürfe²¹, die gleichsam jeden Gesetzesentwurf der Regierung passieren ließen. Vielmehr kam dem Parlament die Aufgabe zu, die Gesetzesentwürfe der Regierung kritisch durchzuarbeiten bzw. selbst mit Initiativgesetzen hervortreten. Auch wünschte Möller eine stärkere Beachtung parlamentarischer Vertreter bei Staatsbesuchen, genauso wie er die Überzeugung vertrat, dass bspw. auch die Instruktion des Bundesratsvertreters nicht allein der Regierung überlassen werden dürfe. Vielmehr könne auch hierüber ein für die Regierung bindender Parlamentsbeschluss stattfinden. Letzten Endes, so der Heidelberger Staatsrechtler Otto Gönnerwein, wollte Möller mit seinen Anschauungen die Regierung zu einem reinen Vollzugsausschuss des Parlaments herabdrücken und diese jeglicher eigener vom Parlament unabhängiger Rechte (wie eben beispielsweise das Recht, den Bundes-

ratsvertreter zu instruieren, oder das Recht, über die Zahl und Kompetenzabgrenzung der Ministerien zu entscheiden) berauben.

Wenn auch Möller mit diesen Anschauungen gegen den versierten Juristen Gebhard Müller nur bedingt durchdringen konnte, so kam dem Parlament gerade bei der Gründung und dem inneren Ausbau des Landes Baden-Württemberg während der 1950er Jahre natürlich eine besonders zentrale Rolle zu. So hat Möller großen Anteil an der Ausarbeitung der so genannten Aufbaugesetze, darunter das Landesverwaltungsgesetz, das Landespolizeigesetz und das Landtagswahlrecht; vor allem aber prägte Möller die Ausformulierung des Finanzausgleichsgesetzes zwischen dem Land Baden-Württemberg und seinen Kommunen, ein Gesetz, das allgemein als vorbildlich für entsprechende Bestimmungen auch in anderen Bundesländern angesehen wurde.²²

IV. Anwalt badischer Interessen im Stuttgarter Landtag

Möllers Einsatz für Wissenschaft, Kultur und Kunst in Nordbaden

Bei den Abstimmungskämpfen der Jahre 1950/51 hatte Möller – wie eingangs gehört – immer wieder darauf hingewiesen, dass Karlsruhe und Baden entgegen der Behauptungen Friedrich Werbers nicht zur »schwäbischen Kolonie« herabsinken würden, sondern vielmehr vom Länderzusammenschluss nur profitieren könnten. Dementsprechend stand Möller gerade gegenüber seiner heimischen Wählerschaft in Karlsruhe wie auch der Wählerschaft des badischen Landesteils insgesamt in einer Bringschuld. Tatsächlich konnte Möller für sich in Anspruch nehmen,

als Landtagsabgeordneter ein ohne Zweifel beredter Anwalt der Interessen dieses Landes- teils zu sein. Dabei kam ihm zugute, dass er einerseits ein ranghoher Parlamentarier war, jedoch auch über Kontakte in Wirtschaft und Kultur verfügte – beispielsweise war Möller seit 1951 Vorsitzender des Verwaltungsrats des Süddeutschen Rundfunks!

Um den drohenden Verlust an Zentralität Karlsruhes nach dem Wegzug der Regierungs- bürokratie zu verhindern, hat sich selbstver- ständlich auch Alex Möller für die Stärkung der dort verbliebenen Strukturen eingesetzt, so genossen vor allem das Badische Staatsthe- ater²³ und schließlich die Karlsruher Univer- sität die besondere Förderung des General- direktors. Mit der 1951 erfolgten Ernennung Möllers zum Ehrensenator der TH Karlsruhe und zwei Jahre später mit der Ehrenpromo- tion der bauwissenschaftlichen Fakultät wür- digte die Karlsruher Hochschule das zuver- lässige Engagement Möllers im Stuttgarter Landtag für die Belange der Institution.²⁴ So hat Möller dazu beigetragen, eine Verlegung der TH nach Ettlingen oder auch den Zusam- menschluss mit der TH Stuttgart zu vermei- den, letzteres hätte den Abzug einer ganzen Reihe von Fakultäten bedeutet. Vor allem aber war Möller sprichwörtlich der Architekt des Wiederaufbaus, der die Zuweisung von Gel- dern für den Neu- bzw. Wiederaufbau der Universität im Landtag sicherstellte. In glei- cher Weise bemühte sich Möller erfolgreich um die Erweiterung des Lehrangebots und um die Förderung der Bibliothek, zudem trat der Generaldirektor bzw. seine Gesellschaft als Mäzen hervor, der Preise für gelungene Abschlussarbeiten und Dissertationen stiftete, genauso wie Exkursionen, etwa der Geogra- phen, in das Ferienhaus der Karlsruher Ver- sicherung in Rothaus im Schwarzwald, jeder- zeit eingeladen waren.

Ende der 50er Jahre ging schließlich der Bau eines ersten aus der freien Wirtschaft finanzierten Studentenwohnheims auf die Initiative Möllers zurück.²⁵ Möller wollte hier ein Wohnheim schaffen, mit dem zunächst einmal die Wohnungsnot der Studenten zu dieser Zeit gelindert werden sollte. Gleichzei- tig sollte der Bau speziell an die Bedürfnisse der Studenten einer Technischen Hochschule angepasst und mit vertretbaren Mieten ver- bunden sein. Zwar kam das Wohnheimproj- ekt zustande, auch erhielt das Wohnheim der Karlsruher selbst in der überregionalen Presse hervorragende Kritiken, finanziell wurde es jedoch zur wahrhaft sozialen Tat. Für die Karlsruher Leben und ihre Gesell- schafter sprang lediglich eine Rendite von ein- em Prozent heraus. Dies hat Möller jedoch nicht davon abgehalten, in den 60er Jahren gesetzliche Bestimmungen anzuregen, die den Bau von Studentenwohnheimen auf der Grundlage privater Initiative attraktiver ge- stalten sollten.

Das größte Projekt Möllers in Nordba- den, das dieser in seiner Eigenschaft als Ver- waltungsratsvorsitzender des Süddeutschen Rundfunks anregte, war jedoch schon 1952 die Wiederbegründung der Schwetzing- er Schlossfestspiele.²⁶ Hier wollte Möller ein be- wusstes Gegengewicht zur »Woche der Un- terhaltungsmusik« und den »Tagen zeitge- nössischer Musik« in Stuttgart schaffen. Auch sollte der Hörerschaft des SDR gerade im Um- feld der Neugründung des Bundeslandes be- wiesen werden, dass sich der Sender auch in der nordbadischen Provinz engagierte. Letzt- endlich ist es Möller in Schwetzingen gelun- gen, innerhalb weniger Jahre Festspiele zu or- ganisieren, die überaus schnell zu Renomme- e kamen – schon 1960 wurden 150 Sendungen aus dem Programm der Schwetzing- er Fest- spiele in allen fünf Kontinenten übertragen.

V. »Wiedergutmachung – Wunsch und Praxis«

Über die Vertretung regionaler Belange hinaus wurde seit November 1955 die Frage nach Entschädigung und Wiedergutmachung für Opfer des Nationalsozialismus zum zentralen politischen Thema Möllers.²⁷ Auf einer gemeinsamen Amerikareise mit einer Delegation der Regierung und des Landtages war Möller darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Ansprüche von Opfern des Nationalsozialismus in Baden-Württemberg überaus schleppend behandelt wurden – z. T. wurden die Anspruchsberechtigten förmlich schikaniert. So weigerte sich das Land Baden-Württemberg einem ehemaligen Schutzhäftling eine Entschädigung auszuzahlen, weil dieser nicht in der Lage sei, den Namen seines Peinigers während der Schutzhaft zu benennen. Für Möller war dies ein »schlimmer Zustand«²⁸, hatte er doch selbst die leidvolle Erfahrung der Schutzhaft hinter sich, aus der heraus er feststellen musste, auch ihm habe sein Bewacher nicht seinen Namen genannt, sondern, so Möller in einer Landtagsdebatte, er habe höchstens noch einen in die Presse bekommen. Insgesamt listete Möller fast 30 derartige Fälle auf, die in zwei Denkschriften dem für die Ausführung der Entschädigung zuständigen Justizministerium übergeben wurden.

Immer wieder betonte Möller auch, es gehe nicht an, wenn 600 anhängige Fälle bei den Wiedergutmachungskammern von gerade einmal drei (!) juristisch geschulten Mitarbeitern behandelt würden. Genauso wenig Verständnis hatte er, wenn sich Justizminister Wolfgang Haussmann zu der unglücklichen Bemerkung verstieg, bei manchem der Antragsteller handle es sich um Rentenfänger. Einen solchen Geist wollte Möller in

der Wiedergutmachungsverwaltung nicht dulden, vielmehr müsse im Zweifelsfalle immer zu Gunsten des Opfers entschieden werden, hänge doch hiervon das weitere Ansehen Deutschlands in der Weltöffentlichkeit ab.

Tatsächlich ist es Möller gelungen, bei Justizminister Haussmann einen Sinneswandel herbeizuführen. So stellte die sozialdemokratische Allgemeine Zeitung im September 1956 befriedigt fest, dieser sei bei einem Amerikabesuch förmlich geläutert worden²⁹, auch wurde seitdem die Entschädigung und Wiedergutmachung von Opfern des Nationalsozialismus offensichtlich wesentlich beschleunigt.

VI. Rückschläge

Die Einführung des Lottospielbetriebes und das Scheitern der Kabinettsreform – Wechsel in die Bundespolitik

Hatte Möller 1956 mit seinem erfolgreichen Einsatz zugunsten der Opfer des NS-Regims auf dem Höhepunkt seines Ansehens gestanden, so war sein Einfluss seit den Wahlen zum zweiten Landtag rückläufig. Sicherlich konnte die von ihm geführte SPD-Fraktion sowohl bei der infrastrukturellen Erschließung des Landes sowie beim Neubau von Schulen und Sportstätten nennenswerte Erfolge erzielen.³⁰ Möller ist jedoch persönlich mit zwei zentralen Anliegen gescheitert.

Dies betraf zunächst einmal die Einführung des Zahlenlottos. Am Ende der 40er Jahre hatte Möller selbst an der Einführung des Totospielbetriebs mitgewirkt, diese wurde nicht zuletzt mit dem Argument motiviert, man brauche die Erlöse des Totos u. a. zur Förderung von Sport und Kultur.³¹ Die Einführung des Lottospielbetriebs lehnte Möller jedoch konsequent ab, wobei er wieder-

holt vorrechnet, dass es sich beim Lotto im Grunde genommen um Betrug handle, weil die Gewinnerwartung über alle Maßen klein sei. Freilich konnte die Haltung Möllers die Einführung des Lottospielbetriebs zwar verzögern, nicht jedoch verhindern, zumal die potentiellen Einnahmen des Spielbetriebs in Nachbarbundesländer abwanderten bzw. abzuwandern drohten.

Eine noch größere Niederlage bedeutete für Möller schließlich das Scheitern einer Kabinettsreform. Gerne hätte Möller an die Stelle einer Allparteienkoalition im Jahr 1956 ein schwarz-rotes Kabinett gesetzt, damit einhergehend wollte er das Kabinett von zwölf auf sieben Köpfe verkleinern.³² Jedoch sprach man sich innerhalb der baden-württembergischen SPD gegen den Willen Möllers, der kurzzeitig zurücktrat, für die Beibehaltung der Allparteienkoalition aus. Da innerhalb dieser Koalition keine Partei bereit war, eines ihrer Ministerien aufzugeben und Vorschläge in der Regel immer nur darauf zielten, den jeweiligen Koalitionspartner zu schwächen, wurde eine Kabinettsreform am Ende verunmöglicht. Selbst die sozialdemokratischen Minister wachten furchtsam über die einzelnen Kompetenzen ihrer Häuser und waren zu keinerlei Zugeständnissen bereit.

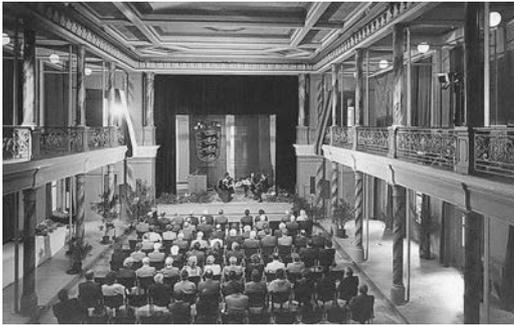
Zwar hatte Möller, dies wurde bereits genannt, nochmals wesentlichen Einfluss auf die Bildung des ersten Kabinetts Kiesinger, die Landtagswahl 1960 brachte jedoch das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung. Immerhin honorierte der Wähler die parlamentarische Arbeit der SPD und ihres Spitzenkandidaten Möller mit einem Ansteigen des Stimmanteils von 28,9% auf 35,4%, während CDU und FDP erhebliche Verluste hinnehmen mussten. Gleichwohl bildete Kurt Georg Kiesinger sein zweites Kabinett als, um in den Worten Möllers zu bleiben, »kleine

Koalition der Verlierer«³³ aus CDU, FDP und BHE. Zur Verärgerung Möllers wurde dabei nunmehr auch die ursprünglich von ihm angeregte Kabinettsverkleinerung vollzogen.

Im folgenden Jahr entfaltete Möller eine fast schon hektische Oppositionsarbeit, in deren Rahmen durch eine Vielzahl von Anträgen und Anfragen die Regierung in Bedrängnis gebracht werden sollte bzw. er die SPD als jederzeit regierungsfähige Alternative darstellen wollte.³⁴ Freilich konnte Möller an dieser Stelle keine Wirkung entfalten – das Hauptaugenmerk des Generaldirektors richtete sich vielmehr schon auf die kommende Tätigkeit in der Bundesrepublik.

Mit der Bundestagswahl 1961 begann gleichsam der zweite Abschnitt der politischen Laufbahn Möllers, in den folgenden Jahren ist es ihm gelungen, zu einem der prägenden Köpfe innerhalb der deutschen Sozialdemokratie aufzusteigen. So war er gleichzeitig finanzpolitischer Sprecher seiner Partei im Bundestag wie auch Mitglied des Bundesparteipräsidiums. In diesen Funktionen hat er das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz mitgeprägt, insbesondere das Steuerungsmittel der mittelfristigen Finanzplanung geht auf Alex Möller zurück, zudem war er Initiator und Moderator bei der Neuregelung der Finanzausgleichsgesetze zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 1969 – eine Regelung, die weitgehend bis zur deutschen Wiedervereinigung Bestand haben sollte.

Schließlich war Möller der erste sozialdemokratische Bundesfinanzminister und zugleich der letzte Finanzminister, dem es bis 2014 gelingen sollte, einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen. Jedoch war Möller auch derjenige, der schon früh die Gefahren einer Schuldenspirale erkannte und letztlich aus Protest gegen übermäßige Reform- bzw. Ausgabewünsche seiner Kabi-



Sitzungssaal des Landtags für die Jahre 1947–61 nach der Restaurierung im Jahr 1986 (Landesmedienzentrum Baden-Württemberg)

nettskollegen zurückgetreten ist. Somit hat Möller die Bundespolitik der 1960er und 1970er Jahre maßgeblich beeinflusst, zuletzt als außenpolitischer Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers, der sich mit den deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen beschäftigt hat, genauso wie er nunmehr auch im Dienste des Bundeskanzlers mehrfach über Fragen der Entschädigung und Wiedergutmachung für bislang vergessene Opfern des Nationalsozialismus verhandelt hat.

Seine größte politische Bedeutung freilich hatte Möller, jedoch – wie ihm sein Fraktionskollege Wilhelm Keil schon beim Wechsel in die Bundespolitik prophezeite – in der südwestdeutschen Landespolitik: »Du wirst sicher in Bonn in die vordersten Reihen treten, aber wahrscheinlich einer unter mehreren sein, im Landtag warst Du einer über vielen, und die vielen werden Dich sehr vermissen.«³⁵

Anmerkungen

1 Überblick über die Entwicklung der Südweststaatsfrage aus Karlsruher Sicht vgl. Susanne Asche/Ernst Otto Bräunche: Karlsruhe – die Stadtgeschichte. Karlsruhe 1998, S. 520–526, 735–738.

- 2 Zu Friedrich Werber vgl. Michael Kitzing: Friedrich Werber, in: Baden-Württembergische Biographien 5 (2013), S. 467–469.
- 3 Badische Neueste Nachrichten 28.11.1951: »Wir bleiben Baden treu!« Eine Kundgebung der Badener in überfülltem Studentenhaus. – Die drei folgenden Zitate Werbers ebd.
- 4 Badische Neueste Nachrichten 24.11.1951: Landtagsabgeordneter Alex Möller: Lasst am 9. Dezember Herz und Verstand sprechen!
- 5 Verhandlungen des Zweiten Württ.-Bad. Landtags, S. 96. – Zum Eintreten Möllers für den Südweststaat aus finanz- und wirtschaftspolitischen Erwägungen vgl. auch die von ihm mit unterzeichnete Beilage zu den Badische Neueste Nachrichten 29.11.1951: Warum wollen wir den Südweststaat; oder das im Nachlass Möllers enthaltene Manuskript: Der Südweststaat – finanzpolitisch gesehen (BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 1178); Wirtschaftsrevue Nr. 50 v. 10.12.1948: Zum süddeutschen Zusammenschluss: Ausgeglichen und krisenfest (hinterlegt, in: BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 1178).
- 6 Allgemein zu Alex Möller vgl. u. a. Alex Möller: Genosse Generaldirektor. München/Zürich 1978; Ders.: Tatort Politik. München/Zürich 1982; Winnifred Schunck: Alex Möller. Gestaltung durch Mandat. Die Jahre bis 1961. Unveröffentlichte Magisterarbeit an der TH Karlsruhe 2003; Paul Feuchte: Alex Möller, in: Baden-Württembergische Biographien 1 (1984), S. 240–245; Gabriele Metzler: Alex Möller, in: Reinhold Weber/Ines Mayer (Hg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Stuttgart 2006, S. 321–331.
- 7 Zum politischen Engagement Möllers in der Weimarer Zeit vgl. Michael Kitzing: Alex Möller: Generaldirektor, Parlamentarier, Minister. Eine Würdigung anlässlich des 25. Todestages, in: ZGO 158 (2010), S. 513–538, hier: S. 514–516; Ders.: Der Manager der Heusteigstrasse. Der Beitrag Alex Möllers zu Entstehung und Konsolidierung des Südweststaates, in: Markus Raasch/Tobias Hirschmüller (Hg.): Von Freiheit, Solidarität und Subsidiarität – Staat und Gesellschaft der Moderne in Theorie und Praxis. Festschrift für Karsten Ruppert zum 65. Geburtstag. Berlin 2013, S. 709–736, hier: S. 710 f. (jeweils mit weiterführenden Literaturhinweisen).
- 8 Alex Möller: Rede zum Zwickelerlass. Karlsruhe 1973.

- 9 Zur Tätigkeit Möllers in der Versicherungsbranche vgl. Alex Möller: Ein Arbeitsleben für die Assekuranz. Karlsruhe 1973.
- 10 Alex Möller: Der Weg in die Zukunft. Karlsruhe 1945. – Das folgende Zitat ebd., S. 14.
- 11 Möller: Genosse Generaldirektor (wie Anm. 6), S. 24 f.; zur Rede Möllers vgl. auch Badische Neueste Nachrichten 17.12.1946.
- 12 Zur anfänglichen Weigerung Möllers wieder ein politisches Amt zu übernehmen vgl. Alex Möller: Genosse Generaldirektor (wie Anm. 6), S. 32–34.
- 13 Vgl. Fritz Ulrich/Alex Möller: Einheit und Freiheit für einen gemeinsamen Staat Württemberg-Baden-Hohenzollern. Stuttgart 1948, S. 43–45.
- 14 Zum Folgenden vgl. Alex Möller: Etat-Debatte zum Staatshaushalt 1947. Karlsruhe 1947, S. 11 f.
- 15 Vgl. Martin Carl Häußermann: Das Regierungspräsidium Freiburg – Die Geschichte einer staatlichen Mittelinstanz im deutschen Südwesten, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hg.): Die badischen Regionen am Rhein. 50 Jahre in Baden-Württemberg – Eine Bilanz. Baden-Baden 2002, S. 193–208, hier. S. 200 f.
- 16 Alex Möller: Blick zurück nach vorn. Ein Interview im Süddeutschen Rundfunk Stuttgart zum Thema Baden-Württemberg. Festgabe des Landtages von Baden-Württemberg aus Anlass des 80. Geburtstages von Bundesfinanzminister a. D. Professor Dr.-Ing. E. h. Dr. rer. nat. h.c. Alex Möller. Stuttgart 1983, S. 34 f.
- 17 Zu den Ursachen für das Scheitern des sozial-liberalen Regierungsbündnisses vgl. Möller: Genosse Generaldirektor (wie Anm. 6), S. 131 f.; Klaus-Jürgen Matz: Grundlagen und Anfänge von Baden-Württemberg 1948–1960, in: Hansmartin Schwarzmaier/Gerhard Taddey (Hg.): Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Die Länder seit 1918. Stuttgart 2004, S. 519–590, hier: S. 562 f.; Hans-Joachim Mann: Die SPD in Baden-Württemberg von 1952 bis zur Gegenwart, in: Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer (Hg.): Die SPD in Baden-Württemberg. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute. Stuttgart 1979, S. 233–299, hier: S. 234 f.
- 18 Zum Treffen im Ludwigsburger Ratskeller vgl. Klaus-Jürgen Matz: Reinhold Maier. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989, S. 426–429; Matz: Grundlagen und Anfänge (wie Anm. 17), S. 564 f.
- 19 Zur Rolle Möllers bei der Wahl Kiesingers zum Ministerpräsidenten vgl. BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 772; die folgend genannte Polemik des Vorwärts gegen Kiesinger in: Vorwärts 5.12.1958, Weit ist der Weg zurück nach Bonn.
- 20 Zur folgenden Kontroverse über die Verteilung der machtpolitischen Gewichte zwischen Parlament und Regierung vgl. Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Ältestenrates vom 14. Dezember 1954, in: BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 778.
- 21 Schwarzwälder Bote 11.12.1953; vgl. auch Schunck: Gestaltung durch Mandat (wie Anm. 6), S. 53.
- 22 Zu den Finanzausgleichsgesetzen zwischen dem Land Baden-Württemberg und seinen Kommunen vgl. Walter Kübler: Die finanziellen Beziehungen des Landes zu den Gemeinden und Kreisen, in: Reinhard Appel/Max Miller/Jan Ph. Schmitz (Hg.): Baden-Württemberg. Land und Volk in Geschichte und Gegenwart. Stuttgart 1961, S. 74–81; Paul Feuchte: Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg. Stuttgart 1983, S. 329 f.
- 23 Zur Geschichte des Staatstheater nach 1945 vgl. Wilhelm Kappler: Das Badische Staatstheater nach dem Kriege, in: Karlsruhe heute und morgen. 1970, Heft 2, S. 20–23; 1971, Heft 2, S. 19–23; Heft 3/4, S. 22–25; Material zum Eintreten Möllers für die Belange des Staatstheaters vgl. u. a. BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 817.
- 24 Vgl. BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 2236–2237.
- 25 Ebd., Nr. 2242.
- 26 Jörg Hucklenbroich: »... wirklich gute Butter!« Alex Möller und die Gründung der Schwetzingener Festspiele, in: Musik in Baden-Württemberg. Jahrbuch 2012, S. 191–196; BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 2220–2228.
- 27 Vgl. Alex Möller: Wiedergutmachung – Wunsch und Praxis. Karlsruhe 1956; Möller, Alex: 1. Ergänzung zur Denkschrift Wiedergutmachung – Wunsch und Praxis, dem Justizministerium des Landes Baden-Württemberg im Mai 1956 überreicht. o. O. 1956; Möller: Genosse Generaldirektor (wie Anm. 6), S. 145–155; grundsätzlich zudem BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 1223–1231.
- 28 Möller: Genosse Generaldirektor (wie Anm. 6), S. 148.
- 29 AZ 1.–2.9.1956: Dr. Haussmann geläutert heimgekehrt! Hat der Justizminister seine Einstellung zur Wiedergutmachung revidiert?
- 30 Zum Turnhallen- und Sportstättenneubau vgl. Alex Möller: Tätigkeitsbericht der Landtagsfraktion, 31.3.1958, S. 3, in: BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 1752.

- 31 Verhandlungen des Ersten Württ.-Bad. Landtags, S. 2149 (hier befürwortet Möller die Einführung des Toto-Spielbetriebes) – zur Ablehnung des Zahlenlottos durch den Generaldirektor vgl. Alex Möller: Das Lotto – unter die Lupe genommen. Illusionen über Gewinnchancen – Die Verantwortung des Staates, in: Badische Neueste Nachrichten 21.9.1975, sowie BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 1245–1246.
- 32 Zum Thema Ministergesetz vgl. BA Koblenz NL Alex Möller, Nr. 1258.
- 33 Möller: Genosse Generaldirektor (wie Anm. 6), S. 167.
- 34 Die Antwort auf die Koalition: Rechenschaftsbericht d. SPD-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg, 15. Mai 1960–30. Juni 1961/SPD-Landtagsfraktion. Stuttgart 1961.

35 Wilhelm Keil an Alex Möller am 7.10.1961, zit. nach Möller: Genosse Generaldirektor (wie Anm. 6), S. 226.



Anschrift des Autors:
Dr. Michael Kitzing
Samlandstraße 31
78224 Singen a. H.



Auf Jahr und Tag. Die Fortsetzung der erfolgreichen Vortragsreihe zur Freiburger Stadtgeschichte erscheint nun als Buch in der Reihe „Schlaglichter regionaler Geschichte“. Sie wird vom Landesverein Badische Heimat zusammen mit Abteilung Landesgeschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg herausgegeben.

Ausgehend von besonderen Tagen in der Freiburger Geschichte werden die vergangenen 500 Jahre wieder zum Leben erweckt. Das thematische Spektrum reicht vom Bauernkrieg und der Hexenverfolgung im 16. Jahrhundert über die vorderösterreichische, französische und badische Zeit bis hin zu den beiden Weltkriegen und dem Wiederaufbau der Stadt im 20. Jahrhundert.

Auf gut lesbare Art führt der Band durch die Geschichte Freiburgs.

Das Buch kostet 26 Euro und wird bei einer Bestellung unter Tel. 0761-150 675-70 oder info@alemannisches-institut.de versandkostenfrei und mit Rechnung zugesandt.